

Sozialwissenschaftliche Bildung oder Politik als Kern des Fachs der politischen Bildung?

Michele Gillmann, Kevin Klee, Lisa Mandau und Felix Schweitzer interviewen Prof. Dr. Sibylle Reinhardt

Vorbemerkung

In einem Lehrprojekt von Professorin Dr. Kerstin Pohl an der Universität in Mainz haben sich Studierende in Kontroversen in der Fachdidaktik eingearbeitet. Sie haben Politikdidaktiker(innen) mit unterschiedlichen Positionen um Interviews gebeten, die im Rahmen der GPJE-Tagung im Juni 2018 in Mainz durchgeführt wurden. Aus den Interviews wurden Podcasts erstellt, die auf der website der Universität und auch der Bundeszentrale für politische Bildung (ab Januar 2019) eingestellt worden sind (<https://fachdidaktik.politik.uni-mainz.de/lehrprojekt-kontroversen-in-der-politikdidaktik>).

Die Leitfrage für das Interview mit Prof. Dr. Sibylle Reinhardt lautete: Soll Politik den Kern der politischen Bildung darstellen, oder brauchen wir eine integrative sozialwissenschaftliche Bildung? Dieses Interview drucken wir hier in leicht redigierter Fassung ab. Sibylle Reinhardt wurde von Felix Schweitzer, Michele Gillmann, Kevin Klee und Lisa Mandau interviewt.

Wir möchten auch auf die beiden anderen Interviews zu derselben Frage hinweisen: Prof. Dr. Peter Massing und Prof. Dr. Karl-Heinz Breier betonen andere Nuancen – bei vielen Gemeinsamkeiten.

Interviewer: Sozialwissenschaftliche Bildung oder Politik als Kern? Die Unterschiede lassen sich schon in verschiedenen Bundesländern erkennen. In Nordrhein-Westfalen wird an den Universitäten das Fach „Sozialwissenschaften“ gelehrt. Sozialwissenschaftler setzen sich aus Politik, Ökonomie und Soziologie zusammen. In Rheinland-Pfalz hingegen besteht das Sozialkundestudium im Kern aus Politik. Als Vertreterin einer



sozialwissenschaftlichen Bildung haben wir Professor Dr. Sibylle Reinhardt eingeladen. Professorin Sibylle Reinhardt war selbst über 20 Jahre als Lehrerin in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Von 1994 bis zu ihrer Pensionierung im Jahre 2006 war Frau Reinhardt als Professorin für Didaktik der Sozialkunde am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tätig. Vorab möchten wir uns bei Ihnen bedanken, Frau Reinhardt, dass Sie sich für dieses Interview Zeit genommen haben. Wir wollen beginnen mit der folgenden Frage: Was ist der Unterschied zwischen sozialwissenschaftlicher Bildung und politischer Bildung mit Politik als Kern?

Reinhardt: Vielleicht wundert es Sie, aber ich würde da erst mal keinen Gegensatz konstruieren. Denn mein Verständnis von Politik greift aus in alle Lebensbereiche, für die wir als demokratisch-politisch verfasste Gesellschaft Regelungen brauchen. Ein Beispiel – nehmen wir ein aktuelles Thema: Den Mindestlohn. Wir haben einen Mindestlohn – der ist knapp unter 9 Euro. Und der zuständige Bundesminister hat angekündigt, er wird eine Vorlage machen, dass der erhöht wird. Wenn wir das im Unterricht und auch überhaupt in der Gesellschaft diskutieren, dann trennen wir überhaupt nicht zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Denn für das gesellschaftliche Zusammenleben ist es natürlich wichtig, ob Menschen sehr wenig Geld verdienen oder ob sie mehr Geld verdienen. Wir können durch die Lebenssituationen hindurch die Konsequenzen beobachten, wenn der Lohn sich ändert. Für Wirtschaft ist es natürlich wichtig, ob Löhne niedrig oder höher sind. Denn eine Firma wird uns womöglich sagen: „Wenn ihr hingehet und erhöht den Mindestlohn, dann werden wir weniger Leute einstellen, denn dann steigen unsere Kosten. Und wenn wir zu hohe Kosten haben – ja, allerletzten Endes können wir sogar Pleite gehen.“ Jemand anders wird wirtschaftlich argumentieren und sagen „Ja, aber wenn die Menschen mehr verdienen, dann können die ja auch mehr ausgeben. Das heißt, der wirtschaftliche Kreislauf wird angeregt.“ Und schließlich hat die Politik die Aufgabe, solche Fragen zu regeln. Und dann ist ja die Frage, wie sind im politischen Spektrum die Meinungen vertreten. Welche Verfahren führen letzten Endes zu einer solchen gesetzlichen Regelung? Ist die womöglich irgendwo verfassungsrechtlich bedeutsam und so weiter. An dem Beispiel kann man sehr klar sehen, dass man Politik nicht sinnvoll trennen kann vom Leben.

Interviewer: Entsprechend Ihrer Auffassung, welche Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen soll die sozialwissenschaftliche Bildung für junge Menschen vermitteln.

Reinhardt: Ich habe zu einer Gruppe gehört, da waren noch Herr Grammes dabei und Herr Behrmann. Wir haben fünf Kompetenzen als zentral für politische Bildung in einem sozialwissenschaftlichen Sinne vorgeschlagen. Die erste Kompetenz ist Empathiefähigkeit. Die zweite Kompetenz ist sozialwissenschaftliches Analysieren, also Analysefähigkeit. Dritte Kompetenz ist Konfliktfähigkeit. Und da vertrete ich zunehmend die Auffassung, dass das die zentrale Kompetenz für Demokratie lernen ist. Denn Demokratie ist ein Konfliktsystem. Wir wissen alle, wir sind überhaupt kein homogenes Volk. Sondern schon wir paar hier im Raum, wenn wir uns genau betrachteten, werden wir so viele Unterschiede feststellen, dass ein Konflikt jederzeit auftreten kann. Der Konflikt ist notwendig, denn wir sind eine pluralistische Gesellschaft. Und nur durch den Konflikt können wir zu gemeinsamen Entscheidungen kommen. Wiederum muss der Konflikt zivilisiert werden, sonst hätten wir Bürgerkrieg. Also wir brauchen aufseiten von uns Personen Streitkultur. Und aufseiten der Institutionen brauchen wir klare Verfahren. Die vierte Kompetenz ist politisch-moralische Urteilsfähigkeit. Nor-

malerweise wird formuliert, auch in der Literatur, politische Urteilsfähigkeit. Mir ist es wichtig, zu betonen, dass zu politischen Urteilen nicht nur Sachurteile gehören, sondern in politische Urteile gehen immer auch Werturteile ein. Und die fünfte Kompetenz ist Partizipation bzw. politische Handlungsfähigkeit. Also da geht es um die Kompetenz, sowohl in gesellschaftlichen Zusammenhängen teilzunehmen, als auch in hochpolitischen formalisierten Zusammenhängen mitzuwirken. Wichtig ist, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in der Schule irgendwo in Anfängen mitbekommen, dass es eine solche Fähigkeit gibt und dass sie zum demokratischen System gehört und sie sich dann selber entscheiden, wollen sie mitwirken oder wollen sie nicht mitwirken. Also das sind Entscheidungen, die sind sehr spannend, sehr wichtig.

Interviewer: Gibt es eine sozialwissenschaftliche Disziplin, die Ihrer Meinung nach im Unterricht dominieren sollte, oder genießen alle den gleichen Stellenwert?

Reinhardt: Für mich ganz persönlich war entscheidend Soziologie. Ich bin auch Diplom-Soziologin, das war mein einer Studiengang. Und parallel habe ich Lehramt für Gymnasium studiert, für Deutsch und Politik. Von der Sache her kommt es auf die Gegenstände im Unterricht an. Also das Beispiel mit dem Mindestlohn, das zeigt glaube ich sehr schön, dass alle drei gleichberechtigt sind. Es sind aber andere Themen möglich. Da wird man vielleicht eine Zeit lang erst mal sehr viel Wirtschaft machen und dann Politik und wird vielleicht dann erschöpft sein, und die Soziologie kommt ein Stück zu kurz. Aber das kann dann beim übernächsten Thema wieder anders sein. Also keine abstrakte Entscheidung, sondern die Entscheidung hängt ab von dem, was da konkret läuft und im Übrigen auch von den Schülern.

Interviewer: Nachdem wir über sozialwissenschaftlichen Unterricht gesprochen haben, würden wir gerne über die Lehrerausbildung sprechen. Warum sollten Studierende einen zeitlichen Mehraufwand betreiben und drei Disziplinen studieren, um Sozialwissenschaften als Schulfach unterrichten zu können?

Reinhardt: Weil das notwendig ist. Wenn wir da eine Disziplin rauskippen, dann würde ja Folgendes passieren: Irgendein wirtschaftliches Problem wäre vielleicht prominent, und zwar als politische Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft. Und dann würden die Lernenden völlig selbstverständlich die Lehrerin bitten „Ja, können wir bitte jetzt die ökonomischen Zusammenhänge dazu behandeln.“ Stellen Sie sich vor, im Unterricht kommt aus aktuellem Anlass zur Sprache die Auseinandersetzung zwischen dem amerikanischen Präsidenten Trump und Europa. Es besteht ja die Gefahr, dass er auf deutsche Autos Zölle erheben wird. Jetzt ist das einerseits ein Konflikt internationaler Politik, also Politikunterricht. Und jetzt stellen wir uns vor, das wird bearbeitet und es wird gefragt „Ja, gibt es eigentlich Verträge zwischen diesen beiden Ländern oder zwischen USA und Europäischer Union?“ Und dann sagen Schüler „Ja, also eigentlich wissen wir ja gar nicht genau, was Zölle ökonomisch bedeuten. Also was ist das erst mal und welche Auswirkungen hätte das? Und jetzt stellen Sie sich vor, die Lehrerin würde sagen „Ja, da müsst Ihr jetzt aber in den Wirtschaftsunterricht gehen.“ Das ist doch irre. Da werden doch wirklich zusammenhängende Teile des Lebens und Erscheinungen des Lebens auseinandergerissen und in unterschiedliche Zuständigkeiten übergeben.

Interviewer: Sollte Ihrer Meinung nach eine der sozialwissenschaftlichen Disziplinen in der Lehrerausbildung dominieren?

Reinhardt: Ich glaube, wenn wir kucken, wie es konkret läuft, dann ist es häufig die Politikwissenschaft. Für mich persönlich war immer die Soziologie die am besten aufschließende Wissenschaft. Aber natürlich eine Soziologie, der völlig klar ist, dass jede Gesellschaft, also jedenfalls jede uns in heutiger Zeit bekannte Gesellschaft, wirtschaftlich fundiert ist und sich natürlich politisch regelt. Und ich kann mir auch Leute vorstellen, die aus einer Beschäftigung mit Wirtschaft heraus sich die anderen Bereiche erschließen.

Interviewer: Das Studium der Sozialwissenschaften besteht meist aus Anteilen von Politikwissenschaft, Soziologie und Ökonomie, die additiv nebeneinanderstehen. Lassen sich die Fächer in der Lehrerausbildung an der Universität integrieren?

Reinhardt: Nach meiner Einschätzung wäre das ein solcher Kraftakt, der nicht gelingen würde. Sondern ich bin dafür Häppchen zu suchen. Das spricht sich unter den Studenten auch herum. „Geh in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu dem und dem, der weiß auch, was Politik ist. Der weiß auch, dass das alles mit dem Leben konkreter Menschen zu tun hat und nicht nur mit Modellen, die dann mathematisiert werden.“ Also lockerer sehen. Nicht meinen, man könnte für völlig unterschiedliche Orte jetzt ein Organisationsschema überstülpen. Alle Universitäten haben in diesen unterschiedlichen Fächern Angebote, und man muss kucken, wie man sie kombiniert.

Interviewer: Zum Abschluss des Interviews bedanken wir uns für Ihre Antworten und bitten Sie um ein kurzes Plädoyer, weshalb die Inhalte der politischen Bildung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive behandelt werden sollten.

Reinhardt: Die Inhalte sollten aus sozialwissenschaftlicher Perspektive behandelt werden, weil das Leben komplex ist und weil wir Menschen nicht in Scheibchen leben. Das machen die Wissenschaften. Und sie haben gute Gründe dafür. Das hat zum internen Fortschritt der Fächer sehr viel beigetragen. Aber für Bildungsprozesse, noch dazu jüngerer Menschen, darf es nicht sein, dass wir die in einzelne Sektoren unterteilen.

Interviewer: Vielen Dank für das Interview, Frau Reinhardt.